

Rüdiger Hachtmann

Vor dem Thron haltgemacht

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.822>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Vor dem Thron haltgemacht,
in: Zeit-Punkte 1/1998, Freiheit schöner Götterfunken! Europa und
die Revolution von 1848, 1998, S. 44-51

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1998), Vor dem Thron haltgemacht, Dokserver des Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.822>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Vor dem Thron haltgemacht, in: Zeit-
Punkte 1/1998, Freiheit schöner Götterfunken! Europa und die Revolution von 1848, 1998, S.
44-51

Vor dem Thron haltgemacht

von RÜDIGER HACHTMANN



Denk ich an
Deutschland in der Nacht –
zeitgenössische Karikatur

Weil der Monarch nachgab, kratzte die Revolution in Preußen nur an der Oberfläche des Systems

Andere Revolutionen würden „gar nicht zum Ausbruch gekommen oder im Entstehen unterdrückt worden sein, wenn sie ihr nächstes Ziel in den ersten 16 Stunden wie in Berlin erreicht hätten“, resümierte Hans Victor von Unruh, letzter Präsident der Preussischen Nationalversammlung und seit 1867 eine der führenden Persönlichkeiten der Nationalliberalen, drei Jahre nach der Revolution von 1848. In der Tat überstürzten sich die Ereignisse in der preussischen Revolution. Demokraten und Liberale wogen sich nach dem 18. März zunächst in der Illusion, alles sei erreicht – und bemerkten zu spät, daß nur die Oberfläche des überkommenen politischen Systems angekratzt war.

Obwohl in Preußen und anderen Staaten Europas Zensur, Versammlungs- und Vereinigungsverbote auf der Gesellschaft lasteten, schlug die Pariser Februarrevolution wie „ein Blitz aus heiterem Himmel“ ein (so eine häufig gebrauchte Metapher). Nicht mit dem Schweizer Sonderbundskrieg vom November 1847 als Auftakt der europäischen Revolution von 1848 oder mit dem „Revolutiönchen“ am südlichen Rande des damaligen Europas, im Königreich der beiden Sizilien Ende Januar, sondern erst mit den Pariser Ereignissen vom 22. bis 24. Februar 1848 wußten sich die Zeitgenossen am Beginn eines europaweiten revolutionären Umbruchs – in Preußen und den übrigen deutschen Staaten.

Köln war die erste preussische Stadt, die durch das „Krähen des gallischen

Hahns“ (Heinrich Heine) aus dem politischen Schlaf gerissen wurde. Am 3. März versammelten sich fünftausend Menschen vor dem Rathaus, um dem Kölner Gemeinderat „Volksforderungen“ nach Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu übergeben. In Berlin begann man in der zweiten Märzwoche mit anfangs „polizeimäßiger Besonnenheit“ dieselben Forderungen zu diskutieren. Die Versammlungen im Tiergarten der vierhunderttausend Einwohner zählenden Metropole, die schon bald Zehntausende Menschen anzogen, verliefen freilich chaotisch. In der Hauptstadt wie überall in Preußen mußte man erst noch lernen, Politik zu machen.

Dennoch, angeheizt durch Überreaktionen der Soldaten, kam es bereits im Vorfeld der Märzrevolution zu Auseinandersetzungen mit dem Militär, die auf Seiten des Volkes mehrere Tote und zahlreiche Verletzte forderten. Das Mißverständnis vom 18. März 1848 war programmiert: Die Krone fürchtete eine Revolution, die die übergroße Mehrheit der Berliner gar nicht wollte; das Volk witterte Verrat. Zwei von Soldaten versehentlich ausgelöste Schüsse brachten das Gemisch aus Mißtrauen, Furcht und Hoffnungen zur Explosion. Der opferreiche Sieg des Volkes in den Barrikadenkämpfen verwandelte die politische Landschaft Preußens und Deutschlands schlagartig.

Vielen Repräsentanten des alten Systems und namentlich zahlreichen traditionsbewußten Offizieren war der Sieg der Revolution Schock, Schmach und



die Deutsche Nationalversammlung zusammen + 22. Mai, Berlin: Eröffnung der Preussischen

Folge angeblicher Schwäche des Königs. Sie verkannten freilich, daß der Kampf in der Hauptstadt für die Krone vielleicht militärisch zu gewinnen gewesen wäre, keinesfalls jedoch politisch. Auf den Bahnhöfen in Stettin, Frankfurt/Oder, Magdeburg und weiteren preußischen Städten warteten bewaffnete Bürger darauf, den Bewohnern Berlins zu Hilfe zu eilen. Länger andauernde Kämpfe in der Hauptstadt hätten die Revolution zu einem Flächenbrand gemacht und die freiheitliche Bewegung selbst radikalisiert – mit unabsehbaren Folgen für die Hohenzollernmonarchie.

Anderswo begann die liberaldemokratische Bewegung bereits entschiedener aufzutreten als in der Hauptstadt selbst. In Breslau beispielsweise hatten am 19. März, noch bevor die Berliner Ereignisse bekannt wurden, 10 000 Menschen vor dem Rathaus eine „wirkliche Volksvertretung“ gefordert. Die Nachrichten aus Berlin wirkten dann in der schlesischen Regionalmetropole wie ein Stich ins Wespennest. Der Bahnhof wurde besetzt, Freiwillige zur Unterstützung Berlins rekrutiert und Schienen aufgerissen, um Truppentransporte zu verhindern. Darüber hinaus übernahm in

**Triumph für eine Nacht:
Arbeiter und Bürger
Seit' an Seit' auf der
Barrikade in der
Breiten Straße am
18./19. März 1848**

Zeitgenössische Lithographie



Nationalversammlung ++ 25. Mai: Straßenkämpfe in Wien ++ 28./29. Mai: Gegenoffensive

Breslau am 20. März ein Sicherheitsaus-
schuß de facto die Macht, der ein breites
politisches Spektrum bis hin zu Linkslib-
eralen und Demokraten vereinte. Die
Vorgänge in Breslau sowie überhaupt in
dem von Friedrich II. annektierten
Schlesien und ebenso in den Rheinlan-
den, die gleichfalls drohten von Preußen
abzufallen, zeigten: Je schwächer die hi-
storische Bindung an die preußischen
Kernlande, desto größer die Gefahr für
den inneren Zusammenhalt der ange-
schlagenen Hohenzollernmonarchie.

Indem Friedrich Wilhelm IV. am
19. März und in den folgenden Tagen
dem Druck von unten nachgab,
Preußen in eine parlamentarische Mon-
archie umzuwandeln, und außerdem den
nationalen Einigungswünschen nachzu-
geben schien, bewirkte er vor allem eins:
Im Unterschied zu Paris, im Gleichklang
hingegen mit der Entwicklung in den
meisten europäischen Staaten, machte
die Revolution vor dem Thron halt. Das
Zurückweichen des Monarchen –
gleichgültig, aus welchen Motiven her-
aus es geschah – erwies sich, im nach-
hinein betrachtet, als außerordentlich ge-
schickt. Hinzu trat die Schwäche der

Märzbewegung. Die verschiedenen po-
litischen Strömungen, die sich im Unter-
schied zum Südwesten Deutschlands in
Preußen erst herauskristallisieren muß-
ten, waren sich lediglich in der Ableh-
nung der drückenden Vormärzverhält-
nisse einig. Sie seien, konstatierte der Li-
berale von Unruh im Jahre 1851, „ohne
bestimmtes, positives Ziel aufgetreten“
und hätten „sich damit begnügt, ein ver-
haßtes System nur zum Schweigen ge-
bracht zu haben, ohne dessen Organis-
mus zu zerstören“. Vielen der intern zer-
strittenen Liberalen gingen außerdem
die Märzerrungenschaften bald zu weit;
nicht wenige entpuppten sich als ent-
schiedene Gegner „demokratischer An-
archie“. Die Demokraten wiederum, als
Partei nicht minder fraktioniert als die li-
berale Konkurrenz, vertrauten zunächst
dem Monarchen und seinen Märzkabi-
netten. Enttäuscht von der Politik der
Regierungliberalen, wandelten sich die
meisten Demokraten erst im Laufe des
Frühsummers zu Republikanern.

Zwar schlugen den (heute würde man
sagen:) demokratischen Linksintellek-
tuellen aus den städtischen Unterschich-
ten in wachsendem Maß politische Sym-
pathien entgegen; dafür rückten jedoch

**Nach der Schlacht:
Eduard Gaertners
berühmtes Aquarell
von der Barrikade in
der Breiten Straße**

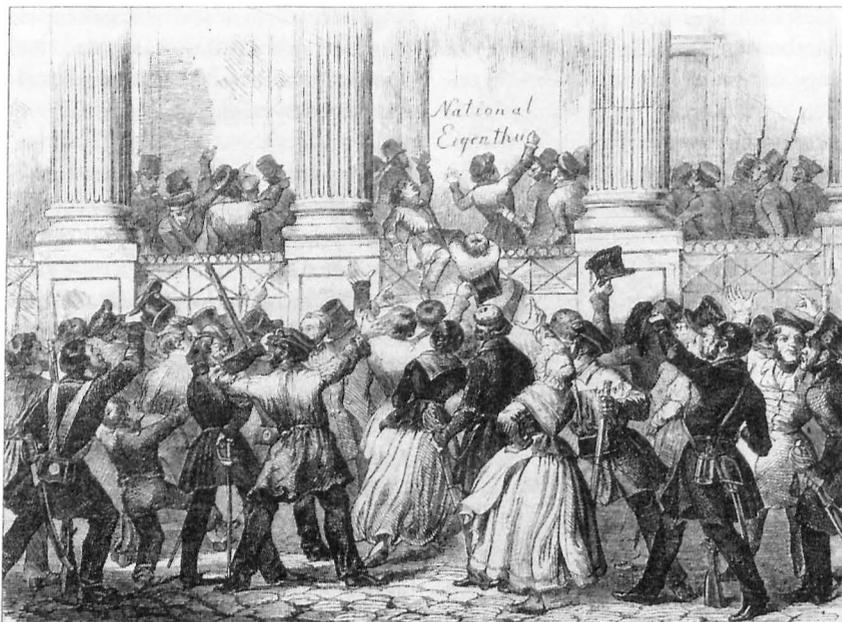


der Österreicher in Italien ++ 2. Juni: Slawenkongreß in Prag + 12. Juni: Unruhen in

die bessergestellten Bevölkerungskreise von den demokratischen Klubs ab. Spätestens seit dem Hochsommer 1848 trieb die Angst um wirtschaftliche und politische Stabilität die Mehrheit des Bürgertums und der Mittelschichten an die Seite der Krone. Vergeblich versuchte die frühe Arbeiterbewegung, programmatisch eher auf einen modernen Sozialstaat als auf die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft orientiert und eng mit der demokratischen Bewegung liiert, ein Bündnis zwischen Bürgern und Arbeitern zu knüpfen.

Angesichts einer Vielzahl unterschiedlichster Problemlagen und Interessen war schon ein Erfolg allein der städtischen Revolution wenig wahrscheinlich. Zusätzlich erschwert wurde ein Sieg der Revolution dadurch, daß Preußen, wie die meisten europäischen Staaten, eine agrarisch geprägte Gesellschaft war. Obgleich Preußen bereits in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu den am stärksten industrialisierten und urbanisierten Ländern Europas gehörte, lebten mehr als siebenzig Prozent der Gesamtbevölkerung auf dem Land. Anfangs war freilich auch in weiten agrarischen Regionen die Unruhe groß. Vor allem in Schlesien rumorte es unter Landlosen, Kleinstbesitzern wie größeren Bauern gewaltig. Provoziert durch die zunächst harsche Ablehnung der Forderungen nach Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit sowie des überkommenen gutsherrlichen Jagdrechts auf Bauernland und nach Streichung der verbliebenen Ablösezahlungen, die die ehemaligen Leibeigenen noch zu leisten hatten, bildeten sich in Schlesien bis August 1848 200 demokratisch orientierte Rustikalvereine mit etwa 200 000 Mitgliedern.

Die Angst vor einem revolutionären Bündnis von Stadt und Land ließ die Krone einlenken. Ende 1848 wurden deutlich günstigere Bedingungen für die restlichen Ablösezahlungen festgesetzt und das traditionelle Jagdrecht zum Ärger vieler Junker entschädigungslos aufgehoben, Anfang 1849 dann die 2000 Patrimonialgerichte durch staatliche Kreisgerichte ersetzt.



Mehr noch als gegen König Friedrich Wilhelm IV. richtete sich die Wut des Volkes gegen seinen Bruder, Kronprinz Wilhelm, den späteren Kaiser Wilhelm I. „Kartätschenprinz“ wurde er genannt, weil er den Vorschlag gemacht hatte, die Barrikaden durch Artillerie zusammenschießen zu lassen. Nachdem er geflüchtet war, wurde sein Palais zum „Nationaleigentum“ erklärt
Zeitgenössische Lithographie

Anachronistisches Selbstbild: Friedrich Wilhelm IV. in der Pose des Sonnenkönigs

Ölporträt eines unbekanntenen Künstlers, um 1855



der Stadt +++ Barrikaden ++++ 14. Juni: Aufruhr in Berlin +++ Eine Volksmenge stürmt

Geschwächt wurde die preußische Märzbewegung außerdem durch die Frage, unter welchen politischen Vorzeichen die deutsche Einigung zustande kommen und wie mit nationalen Minderheiten umgegangen werden sollte. Preußen (das wird gern vergessen) war ein Staat zweier Nationen, der deutschen und der polnischen. Die Berliner Märzrevolution ließ polnische Patrioten hoffen, nun würde nach mehr als einem halben Jahrhundert der Teilung unter den Großmächten Rußland, Österreich und Preußen endlich die Zeit staatlicher Souveränität anbrechen. Zwar versprach Friedrich Wilhelm IV. am 24. März unverbindlich die „nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen“; gleichzeitig jedoch erklärte er apodiktisch, daß er nicht daran denke, seine „schöne blühende Provinz“ Posen zum Kern eines selbständigen Polens werden zu lassen. Daß die Polen auf die Verweigerung der Unabhängigkeit mit Aufständen – die von schlimmen Pogromen gegen in Posen lebende Juden begleitet waren –

reagieren würden, war abzusehen; sie wurden Ende April, Anfang Mai 1848 von einem massiven Militäraufgebot rigoros niedergeschlagen.

Dem östlichen Nachbarvolk sollte – darin war sich die preußische Öffentlichkeit bis hin zu den Linksliberalen mit der Krone einig – das Recht auf nationale Selbstbestimmung mit derselben Selbstverständlichkeit vorenthalten werden, wie es für die Deutschen in Schleswig-Holstein in Anspruch genommen wurde. Das „höhere Lebens-Element, die gereifere, durchgebildete Volkstümlichkeit“ sei ein Segen auch für die okkupierten Gebiete und dürfe einem souveränen Polen als der „unreiferen Nationalität“ nicht „opferiert“ werden, erklärte zum Beispiel die in Berlin beheimatete liberale *Speyersche Zeitung*. Mit ihrem bekannten Beschluß vom 24. Juli 1848, der den Traum der Polen von einem selbständigen Staat endgültig zunichte machte, sanktionierten die Abgeordneten der Paulskirche

**Berlin, 22. März 1848:
Die Aufbahrung der
Märzgefallenen.
Aus Enttäuschung
über den weiteren
Verlauf der Ereignisse
ließ Adolph Menzel
das Bild unvollendet**



das Zeughaus +++ 16. Juni: Österreichische Truppen bombardieren Prag und besetzen die

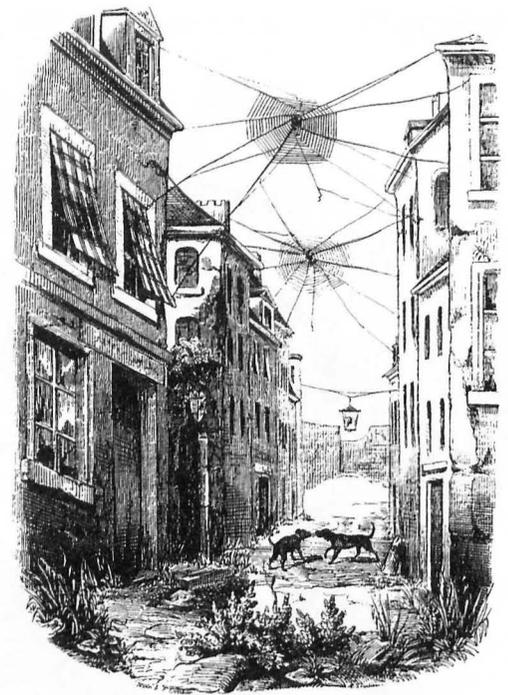
letztlich nur die von der preußischen Krone geschaffenen Fakten; sie durften sich dabei eines breiten Rückhalts in bürgerlichen Schichten sicher sein.

Fast zeitgleich wie in Frankfurt trat auch in Berlin eine Nationalversammlung zusammen. Im Unterschied zur Deutschen Nationalversammlung blieb die preußische Volksvertretung freilich gefesselt – durch eine Klausel im Wahlgesetz vom April 1848, die vorschrieb, daß sich Preußische Nationalversammlung und Krone über die künftige Verfassung zu „vereinbaren“ hätten. Was geschehen solle, wenn dies nicht gelang, blieb offen. Der Versuch der Linken, die Klausel zu knacken, indem die Abgeordneten der preußischen Konstituante die förmliche „Anerkennung“ der Berliner Märzrevolution aussprachen und sich damit zum einzig entscheidenden legislativen Organ machten, scheiterte am 8. Juni 1848 knapp.

Die vom preußischen Abgeordnetenhaus verweigerte Anerkennung der Märzrevolution bildete wiederum den Hintergrund für den Sturm auf das Berliner Zeughaus eine Woche später. Unmittelbar auslösendes Moment für die Plünderung eines der zentralen Waffenarsenale Preußens war die Weigerung der kommunalen Behörden, die große Masse der männlichen Stadtbewohner,

Siegerstraße wählten, dann war dies wesentlich ein Verdienst der preußischen Konstituante. Mit ihren Reforminitiativen schienen die Mitglieder der Preußischen Nationalversammlung die Krone sogar in die Defensive zu drängen. Beschlüsse wie die nach „Abschaffung“ des Adels oder des monarchischen Titels „von Gottes Gnaden“ signalisierten, wie sehr die preußischen Abgeordneten gegen alle Widerstände Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft durchzusetzen gewillt waren. Sie vertieften damit allerdings zugleich den Graben zwischen Preußischer Nationalversammlung und den alten Eliten. Vor allem der vom demokratischen Breslauer Abgeordneten Julius Stein formulierte und von den Mitgliedern der Berliner Nationalversammlung am 9. August 1848 angenommene, einen knappen Monat später bekräftigte Beschluß, es konservativen Offizieren zur „Ehrenpflicht“ zu machen, aus der Armee auszuscheiden, setzte Krone und Kamarilla unter Zugzwang.

Verstärkt wurde dieser Druck dadurch, daß demokratische Ideen auch im Militär Eingang fanden. Am 12. September revoltierten schließlich sogar kleinere Truppeneinheiten in Potsdam, am 6. Oktober in der Stadt Brandenburg. Die Soldaten hatten zuvor die von der Preußischen Nationalversammlung



Belagerungszustand in Berlin

Zeitgenössische Karikatur

Die Armee als letzter Pfeiler der Hohenzollernmonarchie zeigte Risse. Die Gegenrevolution mußte handeln

die das Bürgerrecht nicht besaßen, in die in der zweiten Märzhälfte gegründeten Bürgerwehren aufzunehmen. Daß der gescheiterte Zeughaussturm vom 14./15. Juni, ein spontaner und hilfloser Versuch der Unterschichten, die ersehnte Volksbewaffnung Wirklichkeit werden zu lassen, in Preußen die politische Wende einleitete, war zunächst freilich noch nicht zu spüren.

Wenn Demokraten und Liberale sich auch im Sommer 1848 weiterhin auf der

ins Auge gefaßte Demokratisierung der Armee begrüßt, eigene Forderungen vorgetragen und waren deshalb diszipliniert worden. Die Obrigkeit sah außerdem mit Sorge, daß nicht selten gleich mehrere hundert Soldaten Volksversammlungen und Sitzungen demokratischer Klubs besuchten – in Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Köln und offenbar zahlreichen weiteren Städten. Die Armee als letzter verlässlicher Stützpfeiler der Hohenzollernmonarchie zeigte

Risse. Der Gegenrevolution lief die Zeit davon, sie mußte handeln.

Gelegen kamen der Hohenzollernkrone die gesamteuropäischen Konstellationen: Nach der blutigen Niederschlagung des Pariser Aufstandes Ende Juni war Frankreich aus der Revolutionsbewegung ausgesichert. Truppen unter Windischgrätz hatten Mitte Juni Prag, Ende Oktober dann das revolutionäre Wien unterworfen; die aufständischen Ungarn besaßen nicht die Kraft, die österreichische Hauptstadt zu entsetzen. Mailand war seit Anfang August erneut besetzt, Venedig auf seinen Inseln isoliert, die Situation im fernen Rom in der Schwebe. Die günstige Konstellation – dazu gehörte auch das Stillhalten der Paulskirche – und die dadurch bedingte Demoralisierung der Demokraten erklärt, warum General von Wrangel Mitte November 1848 mit seinen Truppen in die preußische Hauptstadt einmarschieren, die Bürgerwehr entwaffnen, den Belagerungszustand ausrufen und die zahlreichen Klubs verbieten konnte, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.

Stadt +++ 22. Juni: Aufstand der Arbeiter in Paris + Straßenkämpfe ++ 24. – 26. Juni:



Die rote Monarchie oder: Preußen befriedet Deutschland

Karikatur aus der *Deutschen Reichsbremse*, 1849

Auch der Preußischen Nationalversammlung gelang es nicht, sich dem Staatsstreich der Krone erfolgreich entgegenzustemmen. Der Aufruf zur Steuerverweigerung, den die Abgeordneten am 15. November in buchstäblich letzter Minute beschlossen, war eher ein verzweifelter Hilferuf. Wirkung konnte er nicht entfalten. Denn das einkommensstarke Bürgertum, an das der Aufruf nur adressiert sein konnte, war schon längst kein Bündnisgenosse der liberaldemokratischen Bewegung mehr. Die Mehrheit der Klein- wie der Großbürger war

bereit, auf die Märzfreiheiten zu verzichten, wenn ihnen nur Recht, Ordnung und wirtschaftlicher Aufschwung garantiert würde.

Ihren Wünschen kam Friedrich Wilhelm IV. entgegen, als er am 5. Dezember 1848 aus monarchischer Machtvollkommenheit eine Verfassung erließ. Diese oktroyierte erste preußische Verfassung war nicht zufällig nach dem Muster des liberalen belgischen Grundgesetzes von 1831 gestrickt. Bereits unmittelbar nach der Pariser Februarrevolution, am 28. Februar 1848, hatte der

belgische König Leopold I. dem Hohenzollern Parlament und „ultra-liberale Konstitution“ als eine Art politisches Frühwarnsystem empfohlen, als „Mittel, die Stimmung und Wünsche des Landes zu konsultieren“ zwecks „Erhaltung des monarchischen Prinzips“, wie der Belgier betonte. Die preußische Krone setzte diesen Ratschlag spät, aber nicht zu spät um. Ausgerechnet der hochkonservative Leopold von Gerlach überzeugte den König, der vor der Unterzeichnung der Verfassungsurkunde von „ein wenig Bauchweh“ gequält wurde, mit dem schlagenden Argument, man dürfe keinen „so großen Werth auf solche papierne Verfassung legen“. Hauptsache, mit ihr ließen sich Bürgertum und Mittelschichten als Bündnispartner gewinnen. Später könne man, argumentierte Leopold von Gerlach, die Verfassung ja „durch Unterbauen verdünnen“ und „antirevolutionär“ verbiegen. „Papierner Verfassung“ und ebenso zum Beispiel die preußische Gewerbeordnung vom Februar 1849, die den Interessen der Handwerksmeister entgegenkam, waren als Zuckerstücke gedacht, mit denen der von Mißachtung der Grundrechte und Repressionen gekennzeichnete Alltag seit 1849/50 versüßt wurde.

Die wieder erstarkte preußische Krone agierte in dieser Hinsicht geschickter als die maßgeblichen Kräfte in der Habsburgermonarchie, die bereits Ende 1851 die erst am 4. März 1849 gewährte Verfassung ersatzlos aufhoben. Große Teile der besser gestellten Bevölkerungsschichten ließen sich auf das Bündnis mit der preußischen Krone darüber hinaus auch deshalb ein, weil der politisch „reaktionären“ Hohenzollernmonarchie seit langem der Ruf vorausging, wirtschaftlich sehr modernisierungsfreundlich zu sein. Zu erwarten stand, daß sich daran künftig nichts ändern würde.

Ein weiterer Pluspunkt in den Augen des Bürgertums war, daß Preußen seine „nationale Mission“ ernst zu nehmen schien. Die sogenannte Unionspolitik, begonnen an demselben Tag, an dem Friedrich Wilhelm IV. die ihm von der Paulskirche angetragene Krone aus

Der französische Kriegsminister, General Cavaignac, schlägt die Erhebung blutig nieder

„Dreck und Letten“ definitiv ablehnte (28. April 1849), sah zwar nur ein von den Fürsten in eigener Machtvollkommenheit geschaffenes Deutschland vor (mit einem Parlament als Akklamationsorgan). Aber der Verzicht auf Demokratie war ein Preis, den das national euphorisierte Bürgertum um der deutschen Einheit willen zu zahlen bereit war. Lediglich Demokraten und Linksliberale stießen sich außerdem daran, daß seit 1849 die in der Verfassung formal garantierten Grundrechte von den preußischen Behörden mit Füßen getreten wurden.

Viele nahmen ferner achselzuckend hin, daß die im November 1848 in Preußen geschaffene Friedhofsruhe mit sanfter oder brachialer Gewalt auf die umliegenden Staaten ausgedehnt wurde. Die Brüder Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach als die beiden Häupter der preußischen Kamarilla sorgten höchstselbst dafür, daß in den unruhigen benachbarten Kleinstaaten „preußische Ordnung“ einkehrte – in Mecklenburg-Strelitz und vor allem in den drei anhaltischen Herzogtümern, wo die radikale Demokratie den Verhältnissen nachhaltig ihren Stempel aufdrückte und die Landtage so eindeutig dominierte, wie in Deutschland (mit Ausnahme Badens 1849) sonst nirgends. Die Unterdrückung der Aufstände in Sachsen, der Pfalz und in Baden im Frühjahr und Frühsommer 1849 zeigte dann unmißverständlich, wer in ganz Deutschland wieder das Sagen hatte.

Die diplomatischen und militärischen Interventionen nach dem Ende der

preußischen Revolution nahmen in gewisser Weise die Entwicklung von 1866 vorweg. Bereits in den Jahren 1848 bis 1850 wurden Nord- und Mitteldeutschland politisch an die kurze Leine Preußens genommen. Zwar endete der erste Versuch einer Reichseinigung von oben mit der Punktation von Olmütz am 29. November 1850, in der sich die Hohenzollernmonarchie noch einmal den Interessen Österreichs unterwarf. Aber das industriell aufstrebende Preußen, dessen traditionelle Eliten durch den Mißerfolg der „Revolution von unten“ an Selbstbewußtsein gewonnen hatten und weiterhin die politischen Fäden zogen, war wirtschaftlich und politisch für seine künftige „nationale Aufgabe“ vorzüglich gewappnet.

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Einigung, nachdem sie 1848 bis 1850 im ersten Anlauf gescheitert war, 1866 und 1870/71 von entschiedenen Gegnern der Revolution nach siegreichen Kriegen unter pseudokonstitutionellen Vorzeichen verwirklicht wurde – vom vormaligen Prinzen von Preußen, dem bereits Mitte Mai 1848 ein Potsdamer Demokrat, Max Dortu, mit geradezu prophetischem Blick den Namen „Kartätschenprinz“ verliehen hatte, und von seinem Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, von dem Friedrich Wilhelm IV. Anfang November 1848 gesagt haben soll: als Minister „nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet“.

Rüdiger Hachtmann ist wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Berlin

Eine Olsberfelder Barrikade.



Ein letztes Aufbäumen in der preußischen Rheinprovinz: Anfang Mai 1849 wagten überall im Bergischen Land die Arbeiter den Aufstand

Zeitgenössisches Flugblatt

Wolfgang Hardtwig (Hg.)



Revolution in
Deutschland und Europa
1848/49

Sammlung Vandenhoeck

1998. Ca. 290 Seiten,
Paperback ca. DM 39,80 /
öS 291,- / SFr 37,-

Jansen/Mergel (Hg.)



Die Revolutionen
von 1848/49

Erhebung · Verbrüderung · Diktatur

Sammlung Vandenhoeck

1998. 281 Seiten mit 3 Graph.,
3 Tab., Paperback ca. DM 39,80 /
öS 291,- / SFr 37,-

Imttraud Götz von Olenhusen (Hg.)



1848/49 in Europa
und der Mythos der
Französischen Revolution

Sammlung Vandenhoeck

1998. Ca. 154 Seiten,
Paperback ca. DM 29,80 /
öS 218,- / SFr 27,50

1848/49:
Revolution
in Deutschland
und Europa

Weitere Informationen: Vandenhoeck
& Ruprecht, Geschichte, 37070 Göttingen

V&R
Vandenhoeck
& Ruprecht